

Ratssitzung am 9. Februar 2017



## TOP 11

### Gründung des Vereins Metropolregion Rheinland e.V.

Rede des Fraktionssprechers Enrique Pless

---

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte RatskollegInnen,  
sehr geehrte Gäste,

der Rat der Stadt Solingen soll heute den Beitritt der Stadt zum Verein  
Metropolregion Rheinland e.V. beschließen.

Die Grundidee eines regionalen Verbundes zur besseren Durchsetzbarkeit  
gemeinsamer Interessen wird auch von unserer Fraktion grundsätzlich begrüßt, in  
der konkreten Umsetzung jedoch sehr kritisch hinterfragt. Regionalität wird auf  
allen Ebenen - EU, Bund und Land – großgeschrieben, viele Förderprogramme sind  
auf regionale Zusammenarbeit ausgerichtet. Und es gibt auch in NRW bereits  
mehrere Regionalverbände, in deren Konkurrenz wir möglicherweise regional  
vernetzt eher bestehen können.

Allerdings unterscheidet sich der jetzt zu gründende Verein fundamental von  
anderen Regionalverbänden. Nicht nur, weil das Vereinskonstrukt gewählt wurde,  
sondern auch weil es – und das ist ein absolutes Alleinstellungsmerkmal – mit der  
IHK ein Interessenverband war, der gemeinsam mit den beiden  
Regierungspräsidentinnen von Düsseldorf und Köln die Initiative ergriff. Die IHK  
sah offensichtlich Handlungsbedarf in dem von ihr favorisierten Bereich der

Verkehrspolitik, so dass ein Konstrukt vorgeschlagen wurde, das - nicht zuletzt aufgrund des fehlenden allgemeinpolitischen Mandates der IHK - jeglicher demokratischer Legitimation entbehrte.

Natürlich steht der neu zu gründende Verein zwischen allen gewählten Gremien, so dass – um keine Doppelstrukturen neben etwa den Regionalräten oder dem LVR zu schaffen – sehr viel klarere Verfahrensabläufe, Kompetenzzuschreibungen und Rückkopplungen in die Mitgliedskommunen erfolgen müssen. Bisher droht eine Art öffentlich-privater Partnerschaft mit der IHK, der sowohl im entscheidenden Vorstand als auch im noch einzurichtenden geschäftsführenden Vorstand eine aus unserer Sicht viel zu starke Stellung eingeräumt wird. Hinzu kommt, dass sich der Vereinsbeitrag von zur Zeit 20.000 Euro jährlich angesichts der zu schaffenden Geschäftsstellen zukünftig substantiell erhöhen wird.

Trotzdem haben wir Grüne uns konstruktiv-kritisch in den Diskussionsprozess eingebracht, eben um Kommunalpolitik und anderen Interessenverbänden ein stärkeres Gewicht im Verein zu geben und die Themenschwerpunkte über Verkehrspolitik, Marketing und Fördermittelakquise hinaus auch auf zentrale Felder unseres Daseins wie Ökologie oder Soziales zu erweitern. Letzteres haben wir nicht erreicht, aber in Gesprächen auf allen Ebenen – Land, Regionalrat, LVR und Kommunen – und in vielen Verhandlungsrunden konnten wir hier vieles durchsetzen:

1. Der Verband besteht jetzt aus Vorstand, Mitgliederversammlung, Kuratorium und Lenkungskreis.
2. Kommunalpolitik ist nun in Vorstand und MV beteiligt, und zwar inklusive der kleineren Fraktionen vor Ort, so dass das dortige Wahlergebnis wie in den demokratisch legitimierten Gremien (Rat, Ausschüsse, Regionalrat, LVR etc.) zumindest ansatzweise auch in der MV widergespiegelt wird;

3. Durch die Einbindung der Kommunalpolitik wurde die Dominanz der IHK im Entscheidungsgremium eingeschränkt.
4. Damit ist eine Zweidrittelmehrheit gegen die KommunalvertreterInnen im Vorstand nicht möglich.
5. Im Lenkungskreis werden VertreterInnen des Regionalrates und der Nahverkehrsverbände vertreten sein
6. Im Kuratorium werden z.B. Umweltverbände, Bildungseinrichtungen und Gewerkschaften zumindest mit beratender Stimme in die Entscheidungsprozesse eingebunden sein.

Wir Grüne begreifen den heutigen Beschluss zum Beitritt als eine Etappe in einem Prozess, bei dem die regionale Zusammenarbeit in den Dienst einer nachhaltigen, zukunftsfähigen und sozialen Entwicklung der Gesamtregion gestellt werden muss. Das kann allerdings nur gelingen, wenn Interessenverbände aus allen Politikbereichen gleichberechtigt am Tisch sitzen. Ein Primat der Wirtschaftsinteressen darf es nicht geben. Wir sehen Licht und Schatten bei der Gründung dieses Vereins – deswegen werden wir uns bei der heutigen Abstimmung enthalten.

Es ist sicherlich richtig, dass auch wir uns innerhalb eines regionalen Verbundes im Konzert der Regionalverbände positionieren sollen und müssen. Aber es wird unsere Aufgabe sein, die Interessen aller Teile der Gesellschaft hier zu vertreten. Transparent, konstruktiv, zukunftsfähig.

Konkret wollen wir in den kommenden Monaten dazu beitragen,

- dass Entscheidungen des Vereins die Ratsbeschlüsse Solingens etwa zu nachhaltiger Entwicklung oder Bürgerbeteiligung nicht konterkarieren,
- dass Transparenz über Themen, Sitzungen und Debatten durch die zeitnahe Veröffentlichung entsprechender Protokolle stattfindet und Entscheidungen der Gremien des Vereins in den dafür zuständigen Ratsgremien vor Ort vorbereitet und entschieden werden,
- dass klare Verfahrensabläufe bei inhaltlichen Konflikten (z.B. Unterschiede zwischen Regionalratsbeschlüssen und Vereinsbeschlüssen) gefunden werden,
- dass Minderheitsmeinungen in den entsprechenden Gremien Ausdruck finden
- dass weitere AkteurInnen der Zivilgesellschaft, wie z.B. die Umweltverbände, als gleichberechtigt beratende Interessenvertretungen neben der IHK eingebunden werden,
- dass die Beschlüsse/Stellungnahmen des zukünftigen Kuratoriums zwingend in die Entscheidungen des Vereins einfließen müssen.

Wenn die Metropolregion Rheinland Erfolg haben soll, muss sie demokratisch strukturiert sein und alle nachhaltigen Zukunftsthemen aufgreifen, so wie es viele andere Regionalverbände in Deutschland auch praktizieren.